



Wohlstand nicht nur für Millionäre

Anfang Dezember 2019 wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin als neue Parteivorsitzende bestätigt. Die Softwareentwicklerin und der Volkswirt hatten sich zuvor in einem Mitgliederentscheid zur Wahl gestellt und das Rennen im zweiten Wahlgang für sich entschieden – gegen Vize-Kanzler Olaf Scholz und dessen Mitbewerberin Klara Geywitz.

Das neue Führungsduo war angetreten, „um der SPD wieder Mut, Zuversicht und Selbstbewusstsein zu geben“. „Wir wollen der SPD das zurückgeben, was viele an ihr vermissen: Standhaftigkeit und Glaubwürdigkeit. Wir wollen die begeistern, die uns nahestehen, und die Vielen zurückholen, die uns gern wieder nahestehen würden.“

Bevor Saskia Esken 2013 Mitglied des Bundestages wurde, hat sie eine klassische Arbeiterkarriere hingelegt: von der Hilfskraft über die Paketbotin bis zur Softwareentwicklerin und Digitalexpertin. Norbert Walter-Borjans hingegen trat schon 1984 in die Staatskanzlei des Landes NRW ein, wo er unter Wolfgang Clement unter anderem den fraktionsübergreifenden Einsatz für Bonn als Bundeshauptstadt koordinierte.

Hier haben sich also ein Politikneuling und ein „alter Hase“ zusammengetan, um der SPD wieder neues Leben einzuhauchen. Einen Gutteil der Stimmen konnte

das Duo wohl auf sich vereinen, weil es im Vorfeld als Gegner der Großen Koalition auftrat. „Die GroKo darf kein Normalfall sein, sondern immer Ausnahme“, gaben beide anlässlich des Mitgliederentscheids zu Protokoll. „Wir brauchen wieder eine SPD, die in eigenen Visionen denkt und nicht in Kompromissen, die mit der Union durchsetzbar sind. Die großen Zukunftsfragen verlieren wir dadurch zu sehr aus dem Auge, weil sie mit einer Union nicht zu beantworten sind, die den gesellschaftlichen Fortschritt blockieren möchte.“

In dieser Aufbruchsstimmung wurde auf dem Parteitag dann auch einiges beschlossen: etwa ein Konzept für einen neuen Sozialstaat, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Kindergrundsicherung oder mehr bezahlbare Wohnungen – und damit klare Anforderungen an die Arbeit der Bundesregierung in den nächsten zwei Jahren. Gleichzeitig stellen diese Beschlüsse die Werte der SPD hervor, für die wir wieder stärker eintreten müssen. Walter-Borjans fasste dies in seiner Rede auf dem Parteitag knackig zusammen: „Wenn eine Rückkehr zur Partei Willy Brandts und Johannes Raus ein Links-Schwenk ist, dann, bitte sehr, machen wir einen Links-Schwenk!“

Neben vielen wichtigen Themen nimmt auch der Klimaschutz eine besondere Stellung ein. Zwar habe die SPD mit dem Klimaschutzpaket bereits einen Einstieg durchgesetzt. „Aber das Klimaschutzpaket der Großen Koalition reicht nicht für die nächsten Jahre!“ Das Paket sei „nicht gerecht genug. Und es ist nicht wirksam genug.“

„Es geht darum, aus Wandel Fortschritt zu machen“, fasste der neue SPD-Chef am Ende zusammen. „Es geht um Politik für Menschen, nicht für Märkte. Um Wohlstand für Millionen, nicht nur für Millionäre.“



Liebe Auringerinnen und Auringer,

die Auringer SPD, aber auch unsere politischen Mitbewerber, engagieren sich ehrenamtlich für unser Gemeinwesen und versuchen unseren Ort voranzubringen. Allzu oft benötigen Erfolge sehr viel Zeit und erfordern das Bohren dicker Bretter.

In diesem Jahr sollen einige Auringen betreffende Vorhaben realisiert werden: Die neue Wickerbach-Schule soll ihrer Bestimmung übergeben werden, die L3028 soll dieses Jahr grundhaft instandgesetzt werden und die Modernisierung des Bahnhaltepunkts soll endlich angegangen werden. Dies sind gute Nachrichten, auch wenn einige - aus unserer Sicht sehr berechtigte Forderungen - nicht erfüllt wurden: Bei der L3028 wird es vorerst keinen Rad- und Fußweg geben und Querung der Bahnunterführung zwischen Auringen und Medenbach wird weiterhin für Radfahrer und Fußgänger gefährlich bleiben.

**Herzlichst,
Ihr Michael Wolf**

Vorsitzender der SPD-Auringen



Das neue SPD-Führungsduo: Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. (Foto: SPD.de)

Lobbyismus, Parteienfilz, Korruption - Eine Gefahr für die Demokratie

Ein Kommentar von Jürgen Beck

Seit Jahren hören wir Berichte über problematische Verknüpfungen von Mandatsträgern in Bund, Land und Kommunen mit Wirtschaftsverbänden und anderen Lobbyisten. So ist zum Beispiel die Anzahl der im Bund tätigen Lobbygruppen auf über 2.000 angestiegen, was bedeutet, dass jeder Abgeordnete im Schnitt von acht Lobbyisten umgarnt wird.

Wirtschaftsverbände laden Politiker zu luxuriösen Empfängen und teuren Restaurantbesuchen ein. Viele Politiker sind so vernetzt, dass sie im Anschluss an ihre politische Karriere für viel Geld in Unternehmensvorstände wechseln. Der Lobbyismus geht so weit, dass Unternehmensmitarbeiter sogar Schreibtische in Ministerien haben, wo sie direkt an Gesetzesentwürfen mitschreiben. Auch dass Abgeordnete in Aufsichtsräten privater Firmen sitzen, verschärft das Problem weiter. Denn wie frei kann ein Abgeordneter abstimmen, wenn er gleichzeitig das Wohl eines Unternehmens im Auge behält, in dessen Aufsichtsrat er sitzt.

Aus der Presse kann entnommen werden, dass sich diese Entwicklung weiter zuspitzt. Jetzt nutzen einzelne Mandatsträger schamlos die Ebene der Beziehungen zur freien Wirtschaft aus, um sich privat zu bereichern. Obwohl diese „Vorteilsannahme im Amt“ eine Straftat darstellt, gehen die Beteiligten leider meistens zu Recht davon aus, dass es nicht herauskommt, da beide ein hohes Interesse haben, dass diese Art von Kuhhandel nicht öffentlich wird.

Dabei fängt es oft im Kleinen an. Man lässt sich auf Kosten eines Firmeninhabers zu einem teuren Essen einladen oder übernachtet in seinem Haus im Ausland oder verbringt auf dessen Kosten gleich

den ganzen Urlaub. Dann braucht der geneigte Leser sich nicht zu wundern, wenn danach eine Auftrags- oder Konzessionsvergabe der öffentlichen Hand an die Firma dieses Inhabers geht.



Handlungsbedarf ist geboten, um Korruption einzudämmen.

(Foto: Suzy Hazelwood / Pexels)

Vielleicht revanchiert sich die Firma auch bei dem Mandatsträger, indem sie einen Beratervertrag für eine dubiose Gegenleistung vergibt, ein Haus zum Preis des Grundstückswerts an ihn verkauft oder auch die Ehefrau gleich mit auf einer lukrativen Stelle beschäftigt. Vielleicht findet sich auch die eine oder andere nicht mit einer Gegenleistung erklärbare Zahlung auf dem Konto eines Mandatsträgers ein.

Das wahre Spektrum der Abhängigkeiten kann hier nur angerissen werden. Die Häufung dieser Fälle zeigt aber deutlich, dass es einen parteienübergreifenden Handlungsbedarf gibt, solche Fälle zu verhindern. Denn jeder neu aufgedeckte Fall trägt maßgeblich zur Politikverdrossenheit bei, da das Gefühl entsteht, dass „die da oben“ sowieso machen, was sie wollen.

Und dass gerade in letzter Zeit auch SPD-Mandatsträger in solche Skandale verwickelt sind, macht uns als Parteimitglieder sprachlos und betroffen. Korruption ist kein Kavaliersdelikt. Deswegen müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um solche Vorfälle zukünftig zu verhindern.

Geeignete Maßnahmen könnten dabei verpflichtende Weiterbildungen und Compliance-Regeln für Mandatsträger sein.

Natürlich werden auch Strukturen benötigt, um die Compliance-Regeln zu überwachen und etwaige Verstöße unabhängig untersuchen und sanktionieren zu können – gegebenenfalls bis hin zu einem Ausschluss.

Darüber hinaus sollte überlegt werden, die Vertrauenskultur in Parteien und in anderen Organisationen kritisch zu hinterfragen. Beispielsweise kommt es häufiger vor, dass Ehrenamtliche die geschäftsführenden hauptamtlichen Personen im guten Glauben nicht ausreichend kontrollieren.

Viele kommunale Aufgaben wurden seit den neunziger Jahren in städtische Gesellschaften überführt und somit der parlamentarischen Kontrolle der Stadtverordneten entzogen („Konzern Stadt“). Hier ist es notwendig zu überprüfen, welche Aufgaben zurück in die Kernverwaltung übertragen werden müssen.

Wir als Auringer SPD wollen uns für diesen notwendigen Veränderungsprozess einsetzen.

Impressum

„Der Auringer - Ortszeitung der SPD“
Herausgeber: SPD Ortsverein Auringen
V.i.S.d.P.: Dr. Michael Wolf
Layout: Dr. Michael Wolf
Bildmaterial: SPD, Privat
Druck: www.flyeralarm.de
Auflage: 2500

Kontakt

Sie haben Fragen zur Politik in Auringen?
Sie wollen uns Ihre Meinung sagen?

Dann erreichen Sie uns unter:

Telefon: 06127 965269

Email: kontakt@spd-auringen.de

Internet: www.spd-auringen.de

Erfolgreicher Start der Jugendarbeit in Auringen und Naurod

Eine verbesserte Jugendarbeit in Auringen und Naurod ist seit langem der Wunsch beider Ortsbeiräte. In der zweiten Jahreshälfte 2018 konnte mit KANA ein Träger für die mobile Jugendarbeit identifiziert werden. Unter Einbeziehung von KANA, dem Amt für Soziale Arbeit und beiden Ortsbeiräten wurde sich über die Tätigkeiten verständigt.

Im September 2019 startete KANA ihr offenes Angebot für Kinder und Jugendliche von neun bis 14 Jahren in Auringen. Alle zwei Wochen mittwochs kamen zwischen zehn und 16 Jugendliche in die Räumlichkeiten der katholischen Gemeinde St. Elisabeth in Auringen. Von Geocaching über Waffeln backen bis Kinoabend - es ist für jeden etwas

dabei! Auch 2020 wird es wieder einen offenen Treff geben.

Ein Highlight des Jahres 2019 war die Ü12-Jugendparty, die am 9. November im Vereinsheim des TSV Auringen stattfand. In diesem Jahr soll es wieder eine Jugendparty geben; die Planungen sind voll im Gange.



Ein T2 auf dem Festplatz in Naurod.
(Foto: KANA - Offene Jugendarbeit)

Neben den wöchentlichen Angeboten gab es in den Herbstferien auch einen Ausflug in den Europa-Park, der für Jugendliche aus Auringen und Naurod angeboten wurde.

In Naurod findet der mobile Jugendtreff für alle Jugendlichen ab 14 Jahren statt. In den Sommermonaten steht ein hellblauer T2 auf dem Festplatz in Naurod. In den Wintermonaten können die Jugendräume der evangelischen Kirche unterhalb des Forums genutzt werden.

Weitere Infos und Aktuelles:

Ansprechpartnerin: Lea Somoza

E-Mail: l.somoza@jugendkirche-kana.de

Homepage: www.jugendkirche-kana.de

Instagram: [offenejugendarbeit_kana](https://www.instagram.com/offenejugendarbeit_kana)

Grußwort des Oberbürgermeisters

*Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger,*

das Jahr 2019 liegt hinter uns. Jeder von uns verbindet unzählige Erinnerungen – erfreuliche wie weniger erfreuliche – mit den vergangenen zwölf Monaten. Anfang 2019 wurde ich zum Oberbürgermeisterkandidaten meiner Partei nominiert und dank der Stimmen der

Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens im Juni zum Oberbürgermeister gewählt. Für das entgegengebrachte Vertrauen möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Mit Ihrer Wahl haben sie mir einen großen Vertrauensvorschuss entgegengebracht, dessen bin ich mir bewusst. Im Umgang mit der Stadtverwaltung, dem Magistrat, den politischen Gremien, aber vor allem auch mit Ihnen – den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wiesbaden –, möchte ich daher offen und wertschätzend auf Augenhöhe diskutieren. Mehr Miteinander in der Stadt, dafür setze ich mich ein.

Jetzt liegt das Jahr 2020 vor uns. Ich blicke optimistisch auf die kommenden Wochen und Monate. In Wiesbaden gibt es viel zu tun, und ich bin mir sicher, dass wir alle gemeinsam – Magistrat, Oberbürgermeister und Stadtverwaltung, Stadtverordnete, Ortsbeiräte und die Bürgerinnen und Bürger - viel für unser Wiesbaden erreichen können. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Für 2020 wünsche ich Ihnen alles Gute, Gesundheit und Glück.

*Ihr
Gert-Uwe Mende*



Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende.
(Foto: Angelika Aschenbach)

Aus dem Ortsbeirat

Gesundheitsversorgung im Wiesbadener Osten

Während die Versorgung mit Ärzten im Wiesbadener Innenstadtdistrikt sehr gut gewährleistet ist, existiert in einigen Vororten ein Fehlbedarf, der älteren und weniger mobilen Menschen den Zugang zur medizinischen Versorgung erschwert.

Zum Hintergrund muss man wissen, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) unter anderem für die Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten zuständig sind. Die Niederlassungsmöglichkeiten der Ärzte, die an der kassenärztlichen Versorgung teilnehmen, werden durch die KV kontingentiert, um eigentlich eine Über- und Unterversorgung mit Vertragsärzten zu vermeiden.

Problematisch an dem Vorgehen ist, dass die regionale Bedarfsplanung der KV das Wiesbadener Stadtgebiet derzeit als eine große Einheit erfasst und nicht nach Stadtteilen differenziert. Auf ganz Wiesbaden bezogen gibt es aktuell eine Überversorgung; das heißt, wenn eine Arztpraxis schließt - egal ob in der Innenstadt oder in einem Vorort -, so wird diese nicht ersetzt.

Aus diesem Grund hat der Auringer Ortsbeirat auf Initiative der SPD die Stadt Wiesbaden gebeten, sich gegenüber der KV

Aus dem Ortsbeirat (Fortsetzung)

dafür einzusetzen, die Planungsbereiche der ärztlichen Versorgung Wiesbadens in geeigneter Weise und differenziert zuzuschneiden, um eine flächendeckende und ortsnahe Versorgung sicherzustellen.

Fertigstellung der Wickerbach-Schule rückt näher

Nach rund zwei Jahren Bauzeit nähert sich der Neubau der Grundschule Naurod seiner Fertigstellung.

Wenn alles mit dem Neubau weiterhin so zuverlässig vorangeht, soll der Umzug über das Faschingswochenende (21. - 26. Februar 2020) oder kurze Zeit später vom alten Rudolf-Dietz-Schulgebäude in das neue Wickerbach-Grundschulgebäude geschehen. Im Anschluss wird das alte Gebäude abgerissen und der Pausenhof neugestaltet.



Der Umzug in den neuen Schulbau soll demnächst stattfinden.

Anbau städtischer Kindergarten

Seit Beginn des Schuljahres 2019/20 gibt es keine Hortbetreuung mehr für Grundschüler im Auringer städtischen Kindergarten. Diese wurde an die Grundschule verlagert.

Gleichzeitig werden die im Kindergarten freiwerdenden Räume nach einem größeren Umbau für die Betreuung von



Der Anbau des Kindergartens nimmt langsam Formen an.

zehn Krippenkindern genutzt werden, um das derzeit unzureichende Angebot für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu verbessern. Außerdem wird ein neuer Aufenthaltsraum für die Beschäftigten der Kindertagesstätte eingerichtet. Nach derzeitigen Abschätzungen ist eine Eröffnung der neuen Krippengruppe im Laufe des Sommers 2020 möglich.

Geplante Sanierung L3028 und Modernisierung Bahnhofpunkt

Gleich von zwei größeren Baumaßnahmen werden die Auringer nachzeitigem Stand in diesem Jahr betroffen sein:

Zum einen soll der Bahnhofpunkt Auringen-Medenbach wahrscheinlich in den Sommermonaten durch die Deutsche Bahn modernisiert werden. So soll der Bahnsteig barrierefrei auf einer Länge von 140 m ausgebaut und auf 76 cm über Schienenoberkante erhöht werden. Diese Maßnahme ist zunächst entkoppelt von der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für den Bereich des Bahnhofpunktes und des Viadukts der L3028 zu dem die Ortsbeiräte Auringen und Medenbach den Magistrat der Stadt Wiesbaden in einer gemeinsamen Sitzung aufgefordert haben. Das Gesamtkonzept soll folgende Aspekte klären:

- Schaffung von P&R-Parkplätzen im Umfeld des Haltepunktes
- Schaffung eines Ein- und Ausstiegs auf der Medenbacher Seite durch Öffnen beidseitiger Zugtüren
- Schaffung einer verkehrssicheren Möglichkeit, die Gleise bzw. den Viadukt zu passieren.

Die zweite Baumaßnahme betrifft die Sanierung der an den Erlen, dem Wellinger und dem Tannenring vorbeiführenden Landstraße L3028. Nachzeitigem Stand soll irgendwann zwischen April und Oktober 2020 mit der Grundinstandsetzung der Landesstraße begonnen werden, die insgesamt vier bis fünf Monate dauern wird.

Enttäuscht zeigt sich der Ortsbeirat, dass die Baumaßnahme keine Verbesserungen für Radfahrer und Fußgänger vorsieht, obwohl dies seit Jahren wieder-

holt gefordert wird. „Lediglich“ die Fahrbahndecke wird grundhaft saniert werden.

Die Instandsetzung wird vermutlich in vier aufeinander folgenden Abschnitten geschehen, wobei jeder Abschnitt während der Instandsetzung für rund einen Monat komplett für den Verkehr gesperrt sein wird. Vor allem der Bereich zwischen der August-Ruf-Straße und dem „Edeka-Kreisel“ wird zu erheblichen Beeinträchtigungen führen: Die Linie 21 wird nicht mehr zwischen Auringen und Medenbach (direkt) verkehren können und das Gebiet Auringen-Süd könnte mit dem Auto vom Auringer Ortskern nur über Igstadt/Medenbach oder alternativ über Bremthal/Wildsachsen/Medenbach erreicht werden. Aber auch die anderen Abschnitte werden den innerörtlichen Verkehr vor große Herausforderungen stellen.

Der Ortsbeirat wird darauf achten, dass die Beeinträchtigungen so gering wie möglich ausfallen.

Schutzmann vor Ort

Im September 2019 stellte sich der Polizeioberkommissar Thilo Knop vom 4. Polizeirevier in Bierstadt in einer Ortsbeiratssitzung vor. Er ist der für Auringen zuständige „Polizist vor Ort“ und Ansprechpartner für alles rund um die Ordnung.

Kontakt:

4. Polizeirevier, Dresdener Ring 67,
65181 Wiesbaden-Bierstadt
Telefon: 0611 / 345-2420
Email: svo.prev04.pppwh@polizei.hessen.de



Für Fragen oder Anregungen stehen Ihnen unser stellvertretender Ortsvorsteher **Wolfgang Brendel** oder unser Ortsbeiratsmitglied **Michael Wolf** gerne zur Verfügung:

Wolfgang Brendel (Tel. 06127/61516)
Michael Wolf (Tel. 06127/965269)
Email: kontakt@spd-auringen.de